



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 2. April 2025

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

Vorsitz :

Dr. Gerhard Obermayr

Anwesende Stadtverordnete:

siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Ferner anwesend:

siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Es fehlten: Stv. Haker, Ostermann, Rutten, Wagenbach, Wilhelmy.

Beginn (öffentlicher Teil): 16:10 Uhr

Ende: 23:18 Uhr

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die öffentlichen und nicht öffentlichen Drucksachenlisten 04/25 bis 06/25.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Stadtverordnetenvorsteher die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Stv.-Vorsteher Dr. Obermayr teilt mit, dass in der heutigen Sitzung ein Livestream durchgeführt wird. Der Stream wird auf dem städtischen YouTube-Kanal übertragen. Falls jemand mit der Übertragung des eigenen Redebeitrags nicht einverstanden ist, muss das rechtzeitig angezeigt werden. Der Stream wird dann unterbrochen.

Die Tagesordnungspunkte der Tagesordnungen II, III und IV werden -bis auf die umgesetzten Punkte vor Eintritt in die Tagesordnung I ohne Aussprache abgestimmt.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## Öffentliche Sitzung

### Tagesordnung I

#### 0060 Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen zugestimmt:

TOP IV/6 wird auf Antrag der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung I umgesetzt,

TOP I/8 und I/15 sowie Ziffer 1 des TOP I/5 werden von der antragstellenden Fraktion Die Linke zurückgezogen.

Die TOP 10, 11, 12 und 17 der Tagesordnung I werden auf Antrag der antragstellenden Fraktion BLW/ULW/Wardak in die nächste Sitzung am 22.05.2025 verschoben.

Der bereits zweimal verschobene nichtöffentliche Tagesordnungspunkt IV/1 wird um 22.30 Uhr aufgerufen.

Zu TOP II/10 liegt ein Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vor, der ohne Aussprache mit der Tagesordnung II abgestimmt wird.

Zu TOP I/4 liegt ein aktualisierter Antragstext der CDU-Fraktion vor.

Zu TOP I/5 liegt ein Antrag der Fraktion FWG-Pro Auto vor.

Zu TOP IV/6 liegt ein Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vor.

Für diese Sitzung gilt folgendes Redezeitkontingent:

CDU:	42 Minuten
Grüne und SPD	jew. 40 Minuten
FDP	30 Minuten
Linke	28 Minuten
AfD	26 Minuten
3er-Fraktionen	jew. 20 Minuten

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

**Von den Antragstellern zurückgezogene bzw. verschobene Anträge:**

**0093 25-F-55-0002**

Schriftliche Anfrage 220/2024 der Fraktion Die Linke vom 28.11.2025 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. städtische Flächen entsiegeln und artenreich begrünen (23-F-63-0062)

Antrag zurückgezogen

**0094 24-V-05-0032**

Personalchefin von ESWE Verkehr und etwaige strafbare Handlungen;  
Anfrage der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 2. Dezember 2024, Nr. 221/2024 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Anfrage auf die nächste Sitzung verschoben

**0095 24-V-01-0026**

Kosten und politische Schäden der Causa Hinninger; Anfrage der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 14. Oktober 2024, Nr. 207/2024 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Anfrage auf die nächste Sitzung verschoben

**0096 24-V-01-0029**

Verzögerung bei der Beantwortung von Anfragen nach §45;  
Anfrage der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 18. November 2024, Nr. 216/2024 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Anfrage auf die nächste Sitzung verschoben

**0097 25-F-55-0003**

Schriftliche Anfrage 228/2025 der Fraktion Die Linke vom 21.01.2025 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. digitales Willkommenspaket (24-F-63-0012)

Antrag zurückgezogen

**0098 24-V-01-0022**

Nennung von Namen in Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung;  
Anfrage der BLW/ULW/Wardak Rathausfraktion vom 15. Oktober 2024, Nr. 208/2024 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Anfrage auf die nächste Sitzung verschoben

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0099      **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 13.02.2025**

Einstimmig genehmigt

0100      **Mitteilungen**

Es gibt keine Mitteilungen.

0101      **22-S-00-0001**

Fragestunde

Die Fragen 192, 214, 244, 248, 221, 241 und 188 werden beantwortet und sind damit erledigt.

Die Frage 248 ist Gegenstand einer aktuellen Stunde.

0102      **25-F-02-0002**

Sicherheitslücken schließen - bessere Schutzmaßnahmen für Wiesbaden

- Antrag der CDU-Fraktion vom 26.03.2025 -

- Aktualisierter Antragstext der CDU-Fraktion vom 02.04.2025 -

Es liegt ein aktualisierter Antragstext der CDU-Fraktion vor.

Frau Stadträtin Löbcke weist darauf hin, dass eine Prüfung des Rechtsamtes ergeben hat, dass der Antrag in weiten Teilen (mit Ausnahme der Ziffer 5) unzulässig ist, da es sich um Aufgaben des Magistrats handelt.

Stv. Schob beantragt die getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern.

Stv. Friedrich bittet den Magistrat, die Stellungnahme des Rechtsamtes den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Die CDU-Fraktion ändert die Einleitung des Antragstextes wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

*„An den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird appelliert, umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Wiesbaden zu ergreifen.“*

Stv. Georgi gibt eine persönliche Erklärung ab.

Stv. Bonnet beantragt den Antrag als durch Aussprache erledigt anzusehen.

Gegen CDU, FDP, AfD, FWG/Pro Auto und BLW/ULW/Wardak durch Aussprache erledigt

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**Pause von 19:02 bis 19:42 Uhr**

**0103 25-F-63-0012**

Wohnungslosen Menschen eine kommunale politische Teilhabe ermöglichen  
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 05.02.2025 -  
- Aktualisierter Antragstext der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.03.2025 -

Ziffer 1 wird von den antragstellenden Fraktionen zurückgezogen.

Es liegt ein Antrag der Fraktion FWG-Pro Auto vor.

Abstimmung des Antrags FWG/Pro Auto:

Gegen CDU, AfD, FWG/Pro Auto und BLW/ULW/Wardak bei Enthaltung FDP abgelehnt

Abstimmung Ziffern 2 und 3 des Ursprungsantrags:

Gegen AfD bei Enthaltung CDU, FWG/Pro Auto und BLW/ULW/Wardak angenommen

**0104 25-F-63-0011**

Queeres Leben Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 05.02.2025 -  
- Aktualisierter Antragstext der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 27.03.2025 -

Gegen AfD bei Enthaltung FWG/Pro Auto und BLW/ULW/Wardak angenommen

**0105 25-F-22-0041**

Testweise Abschaltung der sogenannten „Pfortnerampel“ Berliner Straße  
- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 26.03.2025 -

Stv. Winkelmann beantragt namentliche Abstimmung.

Namentliche Abstimmung:

Ja: 30 Stimmen, Nein: 42 Stimmen

Antrag abgelehnt

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0106      24-V-05-0035

Umsetzungsaufwand von GEG (Gebäudeenergiegesetz) und WPG (Wärmeplanungsgesetz) für den Gebäudebestand in kommunalen Besitz oder kommunaler Trägerschaft, Anfrage der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 21. Oktober 2024, Nr. 209/2024 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0089      25-V-03-0001

Erich-Kästner-Schule - Entscheidungsvorlage zum Umbau des Rheingaupalais und Neubau einer Sporthalle

Es liegt ein Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zu Ziffer 12 vor.

Stv. Dr. Obermayr weist darauf hin, dass die nichtöffentliche Vorlage öffentlich beraten werden kann, wenn keine vertraulichen Daten (Kaufpreis o.ä.) genannt werden. Es wird einvernehmlich festgelegt, dass der Punkt öffentlich beraten wird.

Stv. Vogel beantragt die namentliche Abstimmung der Sitzungsvorlage

Abstimmung Änderungsantrag zu Ziffer 12

Gegen CDU, FWG/Pro Auto und BLW/ULW/Wardak bei Enthaltung FDP und Stv. Schmitt angenommen

Abstimmung Magistratsbeschluss mit geänderter Ziffer 12:

Namentliche Abstimmung: Ja: 44 Stimmen, Nein: 22 Stimmen, Enthaltung: 7 Stimmen

**Die folgenden Tagesordnungspunkte (Beschlussnummern 108 bis 110) werden aus Zeitgründen nicht mehr beraten und in die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 22.05.2025 aufgenommen:**

0108      25-F-05-0003

Für Landschaftsschutz und Trinkwasserschutz - Projekt „Windkraft auf dem Taunuskamm“ beenden  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 05.02.2025 -

0109      25-F-22-0021

Bezahlkarte: Linksbündnis erleidet Schiffbruch - Wiesbaden muss sich an Landesregelung halten  
-Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von FDP und CDU für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Februar 2025-

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

**0110**      **25-V-61-0011**

Darlegung der Berechnungen der Maßnahmen aus der KoFi der SEM Ostfeld, Anfrage der Die Linke - Fraktion vom 23. Dezember 2024, Nr. 226/2025 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Stv. Seldenreich beantragt, die Sitzungszeit auf 24.00 Uhr zu verlängern und den Tagesordnungspunkt IV/1 noch in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Gegen AfD und BLW/ULW/Wardak abgelehnt  
Der Tagesordnungspunkt IV/1 wird auf die nächste Sitzung verschoben (siehe Tagesordnung IV)

## Tagesordnung II

**0061**      **24-V-40-0020**

Evaluierung des Schulbudgets

Protokollnotiz CDU:

Die CDU-Fraktion stimmt der Sitzungsvorlage im Grundsatz zu. Die Sozialindexierung aus Beschlusspunkt 7 lehnen wir aus grundsätzlichen Erwägungen auf kommunaler Ebene jedoch ab.“

gegen CDU betr. Ziffer 2.7

**0062**      **24-V-67-0018**

Umgestaltung Kinderspielplatz Moabiter Straße (südlicher Teil)

Einstimmig

**0063**      **25-V-05-0001**

Gesamtbericht der Lokalen Nahverkehrsorganisation nach Art 7 Abs. 1 der EU-VO 1370/2007 für das Jahr 2023

Einstimmig

**0064**      **25-V-07-0001**

Vorabfreigabe von Mitteln des Dezernates VII für das 1. Halbjahr 2025

Protokollnotiz FWG/Pro Auto:

Es gibt noch keinen genehmigten Haushalt durch die Kommunalaufsicht

gegen AfD, FWG/Pro Auto

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
0065	25-V-11-0001	<p>Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan der Dienststelle Stadtverwaltung für die Jahre 2020 bis 2022</p> <p>Einstimmig</p>
0066	25-V-20-0001	<p>Projekt SAP4HANA - Statusbericht zum 31.12.2024</p> <p>Einstimmig</p>
0067	25-V-36-0004	<p>Klimabudget 2021 - 2024</p> <p>Protokollnotiz CDU: Die CDU-Fraktion enthält sich der Sitzungsvorlage. Die Überleitung nicht verausgabter Mittel sowie die Übertragung laufender Projektmittel an die Ämter halten wir für sinnvoll. Wir sehen Mittel zum Erreichen von Klimazielen bei Bauvorhaben als regulären Teil der Baumaßnahme. Diese sollten grundsätzlich dort veranschlagt werden. Werden diese erst herausgerechnet, um sie über das Klimabudget wieder zu-zusetzen, schafft dies keinen zusätzlichen Nutzen und spricht für eine reine Schaufensterfunktion des Klimabudgets.</p> <p>gegen AfD, Enthaltung CDU, FWG/Pro Auto</p>
0068	25-V-40-0003	<p>Erweiterung Grundschule Bierstadt - Mehrkosten</p> <p>Protokollnotiz CDU: Die CDU-Fraktion befürwortet grundsätzlich den Ausbau. Es ist jedoch nicht hinreichend dargelegt, ob, und mit welchen Mitteln, die Mehrkosten und die damit verbundene Bauzeitverzögerung hätten vermieden werden können. Klimagerechtes und nachhaltiges Bauen ist erstrebenswert. Die begrenzten fiskalischen Möglichkeiten sollten hierbei jedoch nicht außer Acht gelassen werden.</p> <p>Enthaltung CDU</p>
0069	25-V-40-0006	<p>Finanzbericht des Schulamtes - 2. Halbjahr 2024</p> <p>Einstimmig</p>

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

**0070**      **25-V-41-0003**

Hessisches Staatstheater Wiesbaden, Auswirkungen der Tarifabschlüsse 2025

Es liegt ein Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vor, der ohne Aussprache mit der Tagesordnung II abgestimmt wird. Beschlussfassung siehe Beschluss Nr. 0111 - Antragsnummer 25-F-63-0027.

Abstimmung des Magistratsbeschlusses:

Einstimmig angenommen

**0111**      **25-F-63-0027**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zum TOP II.10 25-V-41-0003 Hess. Staatstheater Auswirkung Tarifabschlüsse der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. April 2025

Der Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt wird ohne Aussprache mit der Tagesordnung II abgestimmt wird.

Einstimmig angenommen

**0071**      **25-V-41-0006**

Berufung des Kuratoriums für die institutionelle Kulturförderung für die Haushaltsjahre 2026/27

Einstimmig

**0072**      **25-V-51-0005**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Ersatzneubau Katholische Kindertagesstätte Herz Jesu Sonnenberg

Protokollnotiz Volt:

Die Volt-Fraktion zeigt sich erstaunt darüber, dass bereits so kurz nach Abschluss der Haushaltsberatungen überplanmäßige Mittel und Mehrbedarfe vom zuständigen Dezernat angemeldet werden. Diese hätten nach Auffassung der Fraktion im Rahmen der Haushaltsverhandlungen berücksichtigt werden können und müssen.

Für künftige Sitzungsvorlagen und vergleichbare Sachverhalte erwartet die Volt-Fraktion, dass das Dezernat entweder konkrete Deckungsvorschläge innerhalb seines Budgets unterbreitet oder entsprechende Bedarfe rechtzeitig in den Haushalt einbringt.

Gleichzeitig betont die Fraktion, dass sie den Ausbau der Kindertagesbetreuung nicht gefährden möchte und daher der Vorlage zustimmt - jedoch mit der klaren Erwartung an die Verwaltung, künftig verantwortungsvoller und vorausschauender im Hinblick auf finanzielle Planungen und Abstimmungen zu handeln.

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0073	25-V-52-0001	Sportveranstaltungen von besonderer Bedeutung 2025 Enthaltung AfD
------	--------------	--

0074	25-V-61-0008	Konzeptverfahren Neues Wohnen in Breckenheim Enthaltung AfD, gegen FWG/Pro Auto
------	--------------	--

0075	25-V-66-0301	Erneuerung von Ingenieurbauwerken in Wiesbaden und AKK Einstimmig
------	--------------	--

0076	25-V-66-0302	Fahrbahndeckenprogramm Wiesbaden und AKK in 2025 Einstimmig
------	--------------	--

### Tagesordnung III

0077	25-F-63-0022	Städtepartnerschaft mit Fatih/Istanbul: Wiesbaden positioniert sich gegen die Festnahme von Ekrem İmamoğlu - Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 20. März 2025 - - Die Fraktionen CDU, FDP, FWG/Pro Auto und BLW/ULW/Wardak treten dem Antrag bei.
------	--------------	--

Stv.-Vorsteher Dr. Obermayr liest den Beschlussvorschlag vor.  
Er wird gegen die Stimmen der AfD angenommen.

0078	25-F-15-0009	Antrag auf Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses zu Wivertis - Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 11.03.2025 - Einstimmig
------	--------------	--

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0079      25-V-30-0001

Vorschlag für die Wahl einer Ortsgerichtsschöffin/eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK II (Mainz-Kostheim)

Es werden keine weiteren Wahlvorschläge vorgelegt. Einer offenen Abstimmung wird nicht widersprochen.

Einstimmig

0080      25-V-51-0006

Nachwahl stellvertretendes Mitglied Jugendhilfeausschuss (JHA)

Einstimmig

**Protokollnotiz der Fraktion Die Linke zu den folgenden Tagesordnungspunkten (Beschlussnummern 0081 - SV 25-V-61-0002 und 0082 - 25-V-61-0003):**

Die Fraktion Linke lehnt die Sitzungsvorlagen BKA/Ostfeld zum weiteren Vorgehen im Rahmen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Ostfeld ab.

Unsere Ablehnung basiert auf gravierenden Bedenken in mehreren zentralen umweltpolitischen Bereichen:

1. Klimaschutz:

Die vorliegenden Planungen ignorieren inakzeptabler Weise die klimaökologische Bedeutung des Ostfeldgebietes. Mehrere Quellen (bekannt) belegen, dass es sich um klimaaktive Flächen handelt, die maßgeblich zur nächtlichen Kaltluftproduktion beitragen und für die Belüftung der umliegenden Stadtgebiete unerlässlich sind. Die geplante Bebauung würde zu einem Verlust dieser wichtigen Flächen, einer Erhöhung der thermischen Belastung und einer Verschlechterung des Kaltluftabflusses führen, was angesichts des fortschreitenden Klimawandels nach Auffassung der Linken nicht zu verantworten ist.

Obwohl mehrere Klimagutachten existieren, ist unklar, inwieweit die Siegerentwürfe tatsächlich auf Grundlage des klimaökologischen Leitbildes bewertet wurden.

Die pauschale Aussage in SV 25-V-61-0001, die klimatischen Anforderungen seien sehr gut erfüllt, entbehrt ohne Vorlage entsprechender Expert\*innen-Stellungnahmen jeder Grundlage.

Zudem fehlt eine detaillierte Klimamodellierung für den BKA-Standort, die auch die Auswirkungen auf die angrenzenden Stadtteile berücksichtigt. Es ist inakzeptabel, weitreichende Planungen voranzutreiben, ohne die konkreten klimaökologischen Folgen fundiert bewertet zu haben.

2. Bodenschutz:

Die Planungen gehen mit einem erheblichen Flächenverbrauch und einer fortschreitenden Bodenversiegelung einher, deren genauer Umfang für das Stadtquartier noch nicht einmal beziffert ist. Es ist völlig unklar, welche Bodengüte betroffen ist und wie der notwendige flächengleiche Ausgleich konkret erfolgen soll. Der Schutz des Bodens als nicht erneuerbare Ressource muss jedoch höchste Priorität haben.

3. Nicht nachgewiesene Notwendigkeit und Priorisierung des BKA:

Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier eine unzulässige Priorisierung des BKA-Neubaus auf Kosten einer ganzheitlichen und nachhaltigen Entwicklung des Ostfelds erfolgt.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Die Notwendigkeit, Teilprojekte im Rahmen des SEM Ostfeld Satzungsbeschlusses vorzuziehen, ist nicht hinreichend dargelegt.

Solange keine umfassende Bewertung des Gesamtprojektes unter Berücksichtigung aller Nachhaltigkeitskriterien durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgt ist, lehnen wir die Bearbeitung von Einzelvorhaben ab14.... Zudem ist die Reduzierung des B-Plan Gebiets auf das zwingend notwendige Maß gemäß BauGB nicht erkennbar.

#### 4. Fluglärm:

Die Fluglärmproblematik ist unzureichend/nicht geklärt.

In der öffentlichen Sondersitzung des Ortsbeirates Erbenheim am 25. Februar 2025 rund um den geplanten BKA-Standort wurde auch die Behauptung geäußert, dass dem Stadtplanungsamt keine Unterlagen über Flugrouten vorliegen, die den geplanten BKA Campus betreffen (siehe auch Wiesbadener Kurier vom 27. Februar 2025)

In Abstimmung mit dem Fluglärmexperten Michael Dirting, Flugkapitän a.D. hat der Unterzeichner dem Stadtplanungsamt Unterlagen übermittelt, die Überschneidungen zwischen den regulären Überflugrouten und dem geplanten BKA-Gelände nachweisen.

Die Unterlagen belegen eindeutig, dass es zu Überschneidungen im Überflug über dem geplanten BKA-Standort kommt.

Die erbetene Stellungnahme liegt bislang nicht vor.

Zudem wird das vom HMVWV vorgelegte Fluglärmgutachten in Gänze infrage gestellt.

Darüber hinaus erachten wir folgende Punkte als kritisch:

Die unzureichende Berücksichtigung der Nachhaltigkeitskriterien in der Bewertung der Siegerentwürfe durch das Preisgericht.

Die offene Frage der Schienenanbindung des Stadtquartiers und die ungeklärte Verkehrsanbindung über die B 455 sowie die damit verbundenen steigenden Verkehrsbelastungen für Erbenheim.

Die unklaren finanziellen Folgen für die Stadt und die Notwendigkeit einer differenzierten Kosten- und Finanzierungsübersicht für den BKA-Standort.

Die fehlende Klärung der Kosten für notwendige Ausgleichsmaßnahmen und deren langfristige Finanzierung.

Angesichts dieser schwerwiegenden Bedenken in den Bereichen Klimaschutz, Bodenschutz, fehlende Notwendigkeitsnachweise, Fluglärm und Biodiversität sieht die Fraktion Die Linke keine Grundlage für eine Zustimmung zu den vorliegenden Sitzungsvorlagen. Wir fordern stattdessen eine umfassende Bewertung des Gesamtprojektes Ostfeld unter Einbeziehung aller erforderlichen Gutachten und unter strenger Einhaltung der Kriterien der Nachhaltigkeit, bevor über einzelne Teilschritte entschieden wird.

**0081            25-V-61-0002**

Änderung des Flächennutzungsplans für den Planbereich "Bundeskriminalamt" in den Ortsbezirken Erbenheim und Südost

Stv. Maritzen nimmt gemäß § 25 HGO (Widerstreit der Interessen) zu dem Tagesordnungspunkt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

#### **Protokollnotiz Bündnis 90/Die Grünen:**

Die Zustimmung zur Flächennutzungsplanänderung „Bundeskriminalamt“ seitens der Grünen Fraktion bedeutet ausdrücklich noch keine Zustimmung zur Realisierung des Stadtteils am Fort Biehler im Planungsbereich der SEM Ostfeld.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Hierzu kann erst eine Entscheidung erfolgen, wenn das noch ausstehende Gutachten zur Schienenanbindung des Stadtteils (Machbarkeitsstudie) vorliegt und belastbare/abschließende Ergebnisse liefert.

Darüber hinaus haben wir Bedenken hinsichtlich der veröffentlichten Fluglärmrechnung und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Ostfeld.

Gegen Die Linke angenommen

**0082      25-V-61-0003**

Bebauungsplan "Bundeskriminalamt" in den Ortsbezirken Erbenheim und Südost - Aufstellungsbeschluss -

Stv. Maritzen nimmt gemäß § 25 HGO (Widerstreit der Interessen) zu dem Tagesordnungspunkt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

**Protokollnotiz Bündnis 90/Die Grünen:**

Die Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss des B-Plans „Bundeskriminalamt“ seitens der Grünen Fraktion bedeutet ausdrücklich noch keine Zustimmung zur Realisierung des Stadtteils am Fort Biehler im Planungsbereich der SEM Ostfeld.

Hierzu kann erst eine Entscheidung erfolgen, wenn das noch ausstehende Gutachten zur Schienenanbindung des Stadtteils (Machbarkeitsstudie) vorliegt und belastbare/abschließende Ergebnisse liefert.

Darüber hinaus haben wir Bedenken hinsichtlich der veröffentlichten Fluglärmrechnung und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Ostfeld.

Gegen Die Linke angenommen

**0083      25-V-61-0004**

Wohnbauflächenentwicklung vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nansenstraße" im Ortsbezirk Biebrich - Aufstellungsbeschluss -

**Protokollnotiz CDU:**

Die CDU-Fraktion stimmt der Sitzungsvorlage im Grundsatz zu. Der Beschlusspunkt 4 wird jedoch abgelehnt. Den aktuell geltenden hohen Quoten für geförderten Wohnungsbau stehen wir aus grundsätzlichen Erwägungen kritisch gegenüber."

Gegen CDU zu Ziffer 4 angenommen

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

## Tagesordnung IV

**0084**      **24-F-16-0016**

Der Fall Ralph Schüler und die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt  
- Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 12.11.2024 -

Gegen AfD und BLW/ULW/Wardak auf die nächste Sitzung verschoben

**0085**      **24-V-20-0055**

Bürgschaft Nr. 671 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft  
gegen AfD

**0086**      **24-V-20-0056**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2024  
Enthaltung FWG/Pro Auto

**0087**      **24-V-20-0057**

Bürgschaft Nr. 672 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft  
gegen AfD

**0088**      **24-V-36-0027**

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der  
Landeshauptstadt Wiesbaden am 28. November 2024

Einstimmig

**0089**      **25-V-03-0001**

Erich-Kästner-Schule - Entscheidungsvorlage zum Umbau des Rheingaupalais und  
Neubau einer Sporthalle

Beschlussfassung siehe Tagesordnung I

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0090      **25-V-20-0002**

Prolongation eines städtischen Kassenkredits für die WiBau GmbH

Enthaltung BLW/ULW/Wardak

0091      **25-V-20-0003**

Bericht zur Entwicklung eines Spezialfonds (Anlage zur unterstützenden Vorsorge für Pensionszahlungen) zum 30.12.2024

Enthaltung AfD

0092      **25-V-20-0004**

Bericht zur Entwicklung eines Spezialfonds (Anlage von Teilen der Erlöse aus dem Verkauf der Anteile an der ESWE-Versorgungs AG) zum 30.12.2024

gegen AfD

Anlagen

Wiesbaden, 22.04.2025

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Dr. Gerhard Obermayr

Dr. Jörn Heimlich